

## **BURKHARD BALZ**

Mitglied des Europäischen Parlamentes

---

7. Januar 2010

Rede zum Neujahrsempfang des CDU Stadtverbandes Rinteln  
(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Freundinnen und Freunde von der CDU hier in Rinteln,

ich freue mich, zum ersten Neujahrsempfang in diesem Jahr hier bei Euch zu sein. Sehr gerne bin ich nach Rinteln gekommen, da ich weiß, wie aktiv die CDU hier vor Ort mich im Europa-Wahlkampf unterstützt hat. Dank der Arbeit und des Engagements der CDU Rinteln sowie vieler anderer aktiver CDU-Verbände in unserem Bezirk ist es gelungen, dass ich am 07. Juni 2009 als erster Schaumburger in das Europäische Parlament gewählt wurde. Besonders freut mich dabei natürlich das überdurchschnittlich gute Ergebnis für die CDU-Liste hier im Landkreis Schaumburg.

Fast sechs Monate ist es her, als am 14. Juli 2009 die konstituierende Sitzung des Europäischen Parlamentes in Straßburg stattfand. Für mich ein einschneidendes Erlebnis zum einen, da dieser Tag für mich der Wechsel in die Berufspolitik bedeutete und zum anderen, da ich die Möglichkeit hatte, den neuen Präsidenten des Europäischen Parlamentes, den früheren polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek mitwählen zu können. Die Wahl eines polnischen Abgeordneten zum Parlamentspräsidenten hat die westlichen Gründungsstaaten und die zuletzt der EU beigetretenen osteuropäischen Staaten näher zusammengebracht. Die Wahl Buzeks war für mich die Vollendung der Europäischen Einheit auf der politischen Ebene.

Nach der konstituierenden Sitzung im Juli 09 begann die Besetzung der Ausschüsse. Auch hier bin ich sehr froh, als ordentliches Mitglied dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung - einem der derzeit wichtigsten Ausschüsse - anzugehören und nun sogar die Position des Vize-Koordinators (Sprecher) der EVP-Fraktion inne zu haben. Außerdem bin ich stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, was besonders für unsere Region ein sehr wichtiges Politikfeld ist.

Außerdem hat das Europäische Parlament am 07. Oktober 2009 beschlossen, einen Sonderausschuss zur Finanz- und Wirtschaftskrise einzusetzen, dem ich ebenfalls angehöre; übrigens als einziger CDU-

Abgeordneter. Die 45 Mitglieder dieses Ausschusses werden in den nächsten Monaten das Ausmaß und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den Mitgliedstaaten untersuchen und Maßnahmen zum Wiederaufbau stabiler Finanzmärkte vorschlagen. Für mich selber und für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Büros bedeutet das natürlich wesentlich mehr Arbeit, jedoch Arbeit die in diesen schwierigen Zeiten getan werden muss.

Viele von Ihnen sitzen hier im Rat der Stadt Rinteln [oder wie Klaus-Dieter Drewes und Udo Schobeß im Kreistag des Landkreises Schaumburg]. Die kommunalen Mandatsträger wissen am besten und spüren es mit am deutlichsten, wie die Wirtschaftskrise gerade im Haushaltsjahr 2010 die kommunalen Finanzen belasten wird. Und diejenigen von Ihnen, die Kontakt zu den Unternehmern in Rinteln und Umgebung haben, oder selber Unternehmer sind wissen um die Bilanzen und Planungen für 2010. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund hat für dieses Jahr prognostiziert, dass ca. 17% der Gewerbesteuererinnahmen wegfallen werden. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben und werden im nächsten Jahr in allen niedersächsischen Städten und Gemeinden über 41 Mrd. Euro ausmachen. Ein Alarmzeichen ist auch der ungebrochene Anstieg der Kassenkredite der Kommunen auf mittlerweile fast 33 Mrd. Euro. Die Städte und Gemeinden werden gezwungen, die Leistungen für die Bürger weiter einzuschränken, die Investitionen zurückzufahren und die Verschuldung weiter zu erhöhen.

Gehen wir einen Schritt zurück: Was ist auf globaler sowie auf europäischer Ebene bereits geschehen, um den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise entgegenzuwirken:

Auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 haben sich die Staats- und Regierungschefs wegweisende Ziele gesetzt, die stabilere Strukturen auf dem Wirtschafts- und Finanzmarkt schaffen sollen. Einige Ergebnisse des Gipfels sind z.B.:

#### Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken

Bis Ende 2010 sollen internationale Regeln entwickelt werden, welche die Quantität und Qualität des Eigenkapitals stärken. Dabei wird die Definition der Eigenkapitalkomponenten überarbeitet. Grundsätzlich ist damit zu rechnen, dass künftig mehr Eigenkapital (insbesondere Kernkapital) vorgehalten werden muss.

Um negative Folgen für die Kreditversorgung der Volkswirtschaften abzuwenden, sollen diese Regeln erst bis Ende 2012 umgesetzt werden.

Zudem soll ein Kapitalpuffer in konjunkturellen Aufschwungphasen aufgebaut werden. Höhere Kapitalanforderungen werden für riskantere Geschäfte (zum Beispiel Handelsbuch, Verbriefungen) gelten. Das Liquiditätsrisikomanagement und eine zukunftsorientierte Risikovorsorge sollen gestärkt werden.

#### Komplexe Derivate

Bis Ende 2012 sollen alle direkt zwischen den Marktteilnehmern gehandelten standardisierten OTC-Derivate an Börsen oder elektronischen Plattformen abgewickelt werden. Dabei sollen gegebenenfalls zentrale Gegenparteien als Mittler zwischen Käufer und Verkäufer treten. Andernfalls sollen höhere Eigenkapitalforderungen gelten. Eine entsprechende Richtlinie wird Mitte 2010 im Europäischen Parlament in Angriff genommen

#### Systemrelevante Banken

Banken, deren Insolvenz das ganze Finanzsystem gefährden könnte, sollen international konsistente und institutsspezifische Notfall- und Abwicklungspläne entwickeln. Behörden sollen gleichzeitig Mechanismen für das Krisenmanagement und Gesetzesrahmen für die Krisenintervention und den Informationsaustausch vorgeben.

#### Vergütungsstrukturen

In Anlehnung an die bestehenden Empfehlungen des Financial Stability Board sollen Vergütungsstrukturen mit der langfristigen Wertentwicklung in Unternehmen in Einklang sein und schädliche Anreize zum Eingang von Risiken vermeiden. Feste Obergrenzen für Vergütungen wurden zwar nicht beschlossen. Allerdings sollen Aufsichtsbehörden Maßnahmen wie zum Beispiel höhere Eigenkapitalanforderungen oder Veränderungen in der Gestaltung der Vergütungsstruktur durchsetzen können, insbesondere wenn Banken keine den beschlossenen Prinzipien folgenden Vergütungsstrukturen einführen oder öffentliche Stützungsmaßnahmen benötigen. Besonders an dieser Stelle ist meines Erachtens nach dringender Handlungsbedarf erforderlich.

#### Nicht-kooperative Jurisdiktionen

Die internationale Kooperation beim Umgang mit Steueroasen sowie der Bekämpfung von Geldwäsche, Korruption und der Finanzierung von Terror soll ausgeweitet werden. Dazu gehören die Schaffung größerer Transparenz bei der Besteuerung und der Austausch von Informationen zwischen Ländern. Bereits ab März 2010 sollen bestimmte Maßnahmen gegen Steueroasen angewendet werden.

Auf Europäischer Ebene hat die EU-Kommission im vergangenen Jahr Vorschläge für ein neues Finanzmarktüberwachungssystem geliefert. Diese Vorschläge für einen neuen Aufsichtsrahmen für den europäischen Finanzmarkt basieren auf zwei Säulen:

Zum einen gibt es den Vorschlag zur Einberufung eines Europäischen Rates für Systemrisiken (ESRB) zur Überwachung und Bewertung der potenziellen Risiken für die Finanzmarktstabilität, die sich aus makroökonomischen Entwicklungen und aus Entwicklungen innerhalb des Finanzsystems insgesamt ergeben.

Aufgaben dieses Rates sind: Frühwarnung, Aussprechen von Empfehlungen zur Eindämmung potentieller Risiken. Rechtsbasis:

Die zweite Säule ist die Einführung eines Europäischen Finanzaufsichtssystem (ESFS), bei dem die nationalen Finanzaufsichtsbehörden in einem Netzverbund zusammenarbeiten und sich gemeinsam mit den neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden darum bemühen sollen, die finanzielle Solidität einzelner Unternehmen des Finanzdienstleistungssektors zu erhalten und die Empfänger von Finanzdienstleistungen zu schützen (Aufsicht auf Mikroebene).

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlamentes befasst sich derzeit mit einer Richtlinie zur Regulierung des Managements von Hedge Fonds. Diese Richtlinie zielt darauf ab, ein Zulassungssystem für die Fonds-Manager zu schaffen und auch eine Beaufsichtigung, eine Kontrolle durch nationale Finanzmarkt-Regulierungsstellen und durch eine europäische Regulierungsbehörde, die gemeinsam dafür sorgen, dass keine Risikopositionen entstehen, die aufgrund ihres Umfangs ein Risiko für das gesamte Finanzsystem darstellen.

Diese eben beschriebenen Maßnahmen sind Grundlage der Arbeit, mit der ich mich als Wirtschafts- und Finanzpolitiker im Europäischen Parlament befasse.

Wenn ich jedoch einen Ausblick in das 2010 im Hinblick auf die deutsche und niedersächsische Konjunktur geben kann, so bin ich wesentlich zuversichtlicher als so manche Demoskopen oder Wirtschaftsjournalisten. Ich denke, dass nach einer Stabilisierungsphase eine allmähliche Erholung mit positiven vierteljährlichen Zuwachsraten erwartet werden kann, so wie es auch die Europäische Zentralbank prognostiziert.

Vor Kurzem habe ich mich mit Thomas Mang, dem Präsidenten des Niedersächsischen Sparkassen und Giroverbandes in einem längeren Gespräch ausgetauscht. Unser Gespräch beinhaltete unter anderem die Lage der Niedersächsischen Wirtschaft und Ihrer Entwicklung in 2010. Ich bin mit Mang ganz deutlich einer Meinung, dass die mittelständische Prägung, die wir in Niedersachsen haben uns hilft, schneller und mit weniger Verlusten aus der Krise wieder herauszukommen. So haben sich die Erwartungen der niedersächsischen Unternehmen für die kommenden Monate verbessert. Elf Prozent der Unternehmen erwarten bessere Geschäfte, 42 Prozent sehen eine Stabilisierung der Geschäftslage. Und auch die Zahl der Firmengründungen hat deutlich zugenommen. Diese Stimmung macht sich auch in Arbeitslosenzahlen bemerkbar. Im Vergleich zu Baden-Württemberg, wo die Arbeitslosigkeit seit Jahresbeginn um gut 24 Prozent angestiegen ist, beträgt der Anstieg in Niedersachsen 2,4 Prozent. Das gibt Hoffnung auf ein gutes Ende und vor allem Hoffnung, dass trotz der vorausgesagten Ausfälle in der Gewerbesteuer für 2010 im Jahr 2011 wieder mehr Geld in die Gemeindekassen fließt und stabile Investitionen vorgenommen werden können.

Wir wollen insgesamt stärker aus dieser Krise hervorgehen, als wir hineingeraten sind. Diese Chance haben wir, und diese Chance sollten wir nutzen. Gerade wir als CDU sollten unsere konjunkturelle Situation auch nutzen, um den Menschen in unserem Umfeld wieder Mut zu machen. Das bedeutet aber, dass wir Mut weitergeben und nicht jedes Detail über Wochen und Monate hinweg diskutieren. Dieses Land braucht die vermittelte Nachricht, dass wir gemeinsam bereit sind, den Menschen die Zuversicht, die dieses Land in Ausnahmesituationen immer wieder ausgezeichnet hat, zu geben. Die Menschen in diesem Land haben in Ausnahmesituationen immer wieder Außergewöhnliches geleistet. Das sollten wir durch eigenes Handeln unterstützen.

Herzlichen Dank

